

Keine Kampfpanzer für Saudi-Arabien!

Der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE im Oberland hat sich in seiner letzten Sitzung mit der politischen Situation im Nahen Osten befasst.

Die Mitglieder des Vorstandes finden es ungeheuerlich, dass an ein derart undemokratisches Regime wie Saudi-Arabien Leopard Kampfpanzer geliefert werden sollen. Zudem handelt es sich bei diesem Leopard 2 um eine Version, welche vom Hersteller speziell für die „Aufstandsbekämpfung“ und den „Häuserkampf“ beworben wird. So hat der Leopard 2 bspw. eine verstärkte Panzerung gegen sog. Sprengfallen. Der geplante Export dieser Panzer ist umso unverständlicher, als saudische Militärs erst kürzlich im Nachbarland Bahrain brutal Demonstranten ermordet haben.

Die Bundesregierung mit Außenminister Westerwelle wird dadurch vollkommen unglaubwürdig. Noch vor wenigen Wochen hat Herr Westerwelle in Kairo den aufständischen Gegnern Mubaraks gratuliert und Unterstützung zugesagt. Sieht so die Unterstützung der Bundesrepublik für demokratische Bewegungen im Nahen Osten aus?

Der Kreisverband der Partei DIE LINKE im Oberland ist der Auffassung, dass die Bundesrepublik Deutschland andere Fähigkeiten und Produkte hat, um die Welt bei einer friedlichen, sozial und human nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen, als mit der Lieferung tödlicher Rüstungsgüter.

Vehement weisen die Mitglieder des Kreisvorstandes den Vorwurf des Antisemitismus gegen ihre Partei zurück. Es herrscht Einigkeit unter den Kreisvorstandsmitgliedern, dass sowohl Israel, als auch den Palästinensern in den besetzten Gebieten und im Gaza-Streifen ein Existenzrecht in einem eigenen Staat zusteht (bei einer Zweistaatenlösung müssten die Grenzen vor 1967 eingehalten werden). Wie auch immer eine Lösung des Konfliktes aussehen wird, Bedingung muss sein, dass sie gewaltfrei, demokratisch und selbstbestimmt zustande kommt. DIE LINKE tritt daher gemeinsam im Bündnis mit Gleichgesinnten aus Israel und Palästina für eine friedliche Lösung des Konfliktes ein.

Die Geschichte der Linken beinhaltet – im Gegensatz zu allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien – die entschiedene Ablehnung des Einsatzes von kriegerischen Mitteln zur Konfliktlösung.

Sowohl den seit Jahrhunderten verfolgten Juden, als auch den in unmenschlichen Lagern zusammengepferchten Palästinensern muss eine friedliche Existenz in einem demokratischen Staat ermöglicht werden. Kritik an der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten und der Blockade des Gaza-Streifens durch Israel ist kein Antisemitismus und wird auch von vielen unserer jüdischen Freunde geteilt.